

[Home \(/\)](#) / [News \(/\)](#) / [Detail](#)

Die Ära der Nationalismen (II)

WIEN/ROM/BERLIN/BUDAPEST (Eigener Bericht) - Beobachter warnen vor der angekün-
digen Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft an mehrere hunderttausend Bürger
Italiens. Wie Österreichs Außenministerin Karin Kneissl bestätigt, wird Wien in Kürze mit
den Vorbereitungen für das Vorhaben beginnen. Mit gravierenden Auseinandersetzungen mit
Italien wird gerechnet. Tatsächlich maßen sich mehrere EU-Mitglieder bereits seit Jahren
Bürgern fremder Staaten die eigene Staatsbürgerschaft zu übertragen und damit ihre Rechte
zu beanspruchen. Vorreiter ist Deutschland, das schon in den 1990er Jahren begonnen hat,
deutschsprachige Bürger Polens in großer Zahl zu seinen Bürgern zu machen; schon 2006
besaßen fast 240.000 Polen einen deutschen Pass. Auch Italien verleiht Bürgern Slowenien
und Kroatiens, die es als "Italiener" bezeichnet, italienische Papiere. Ungarn hat inzwischen
mehr als eine Million Bürger seiner Nachbarstaaten zu Ungarn gemacht, Rumänien nur
300.000 Moldawier zu Rumänen. Beobachter warnen vor einer Wiederkehr von
Territorialforderungen innerhalb der EU.

"Im europäischen Geist"

Österreichs Außenministerin Karin Kneissl (FPÖ) kündigt die Einrichtung einer interministeriellen Arbeitsgruppe,
die Modalitäten zur Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft an bis zu 390.000 Bürger Italiens regelt.
Der Vorstoß zielt auf alle Einwohner der norditalienischen Provinz Bolzano-Alto Adige (Südtirol) ab, die Deutsch-
Ladinisch als Muttersprache sprechen (german-foreign-policy.com berichtete [1]). Wie Kneissl am Dienstag nach
Antrittsbesuch bei ihrem italienischen Amtskollegen Angelino Alfano mitteilte, werden der Arbeitsgruppe Bear-
beiter aus dem österreichischen Außen- wie des Innenministeriums sowie nichtbeamtete "Experten" angehören; man werde die
Vorbereitungen "immer im Austausch mit Italien" vorantreiben - im "europäischen Geist". [2] Italiens Außenmin-
ister reagiert offiziell betont zurückhaltend. Man habe "gegenseitig die Standpunkte dargelegt", erklärte Alfano über
das Gespräch mit Kneissl: Rom vertrete auch weiter "die historische Position, wie sie immer war". Dies bezieht sich
auf die deutschsprachige Minderheit, die bereits jetzt weitreichende Sonderrechte genießt; Italien ist nicht bereit,
Viertel der Einwohner Bolzano-Alto Adiges Österreich zu unterstellen. Er gehe davon aus, warnt Alfano, dass "keine
unilateralen Schritte gibt". [3]

Auslandsitaliener

Wiens aggressiver Vorstoß schließt an bestehende Vorbilder unter den großen Mitgliedsstaaten der EU an. Die
Regierung Italiens etwa dürfe über den Vorstoß "nicht beleidigt sein" [4], äußerte Anfang Dezember der ehema-
lige Landeshauptmann von Bolzano-Alto Adige, Luis Durnwalder (Südtiroler Volkspartei): Rom verleihe zum Beispiel
Bürgern Sloweniens und Kroatiens, wenn sie italienische Vorfahren hätten, ebenfalls den italienischen Pass. In
Italien schreibt das italienische Staatsbürgerschaftsrecht seinerseits ein *ius sanguinis* ("Blutsrecht") fest, dem zufolge
ist, wer italienische Vorfahren hat, nicht jedoch - bzw. nur in Ausnahmefällen -, wer auf italienischem Territorium
geboren worden ist. [5] Rom hat am 8. März 2006 ein Gesetz ("Legge n. 124") verabschiedet, das es ausdrücklich
vorsieht, Menschen, die in Istrien, Fiume und Dalmatien - in Teilen Sloweniens und Kroatiens also - die italienische

Staatsbürgerschaft zu geben, sofern ihre Vorfahren Italiener waren.[6] Das entspricht im Kern den aktuellen Forderungen Österreichs.

Auslandsdeutsche

Vorreiter bei der Verleihung der eigenen Staatszugehörigkeit an Bürger der Nachbarstaaten ist allerdings Deutschland gewesen. Die Bundesrepublik hat bereits in den 1990er Jahren begonnen, Bürgern Polens, Tschechiens und anderer Staaten deutsche Papiere auszuhändigen, sofern sie eine deutsche Abstammung nachweisen können; Grund dafür ist auch hier das völkische Blutsrecht (ius sanguinis). Zum Erlangen deutscher Papiere genügt in Polen ausweislich einschlägiger Unterlagen, die etwa auf der Website der deutschen Botschaft in Warschau abrufbar sind, ein sogenannter Volkslistenausweis, wie er von den NS-Okkupanten in der Zeit nach dem deutschen Überfall am 1. September 1939 an "Blutsdeutsche" ausgehändigt wurde. Die deutschen Behörden gehen bei der Verleihung der deutschen Staatsbürgerschaft an Bürger Polens ungewohnt großzügig vor. So erklärten bei der polnischen Volkszählung des Jahres 2011 gut 148.000 Menschen, "deutsche Volkszugehörige" zu sein. Zugleich bestätigten 239.300 Personen, neben der polnischen auch die deutsche Staatsangehörigkeit zu besitzen. Das Auswärtige Amt beziffert Polens "deutsche Minderheit" auf insgesamt 300.000 bis 350.000 Menschen - also auf weit mehr als Doppelte derjenigen, die das für sich selbst in Anspruch nehmen.[7] Ähnlich verhält es sich in Tschechien. Während 2011 knapp 19.000 Bürger des Landes der deutschsprachigen Minderheit zurechneten, schätzte das Auswärtige Amt ihre Gesamtzahl auf rund 40.000. Damals hatten die deutschen Behörden bereits rund 20.780 Tschechen die Staatsangehörigkeit verliehen.[8]

Auslandsungarn

In noch größerem Stil nachgezogen hat mittlerweile Ungarn. Das Land gewährt auf Initiative von Ministerpräsident Viktor Orbán seit Anfang 2011 den Angehörigen der ungarischsprachigen Minderheiten in den Nachbarländern ungarische Staatsbürgerschaft - wie im Fall Deutschlands und Italiens auf der Basis des völkischen ius sanguinis. Im Dezember 2017 wurde im Budapester Präsidentenpalast in Anwesenheit des ungarischen Staats- sowie des deutschen Ministerpräsidenten die millionste ungarische Staatsbürgerschaft an einen "Auslandsungarn" übertragen; es handelte sich um einen Bürger Serbiens. Die Budapester Praxis führt längst zu heftigen Auseinandersetzungen mit Rumänien, in dem eine 1,5 Millionen Menschen starke ungarischsprachige Minderheit lebt; diese spitzt mittlerweile, verstärkt durch die Chance, die ungarische Staatsbürgerschaft zu erhalten und damit die Bindungen an den rumänischen Staat zu schwächen, ihre Autonomieforderungen zu.

Auslandsrumänen

Rumänien wiederum hat selbst begonnen, mit der Verleihung seiner Staatsbürgerschaft in einem seiner Nachbarstaaten zu wildern - in Moldawien. Laut offiziellen Angaben aus Bukarest haben von den rund 3,1 Millionen Moldawiern mittlerweile um die 300.000 die rumänische Staatsbürgerschaft erhalten - weil ihre Sprache als ein rumänischer Dialekt eingestuft und sie selbst von rumänischen Nationalisten als "Rumänen" bezeichnet werden. In Rumänien ist die Forderung nach einem "Anschluss" Moldawiens populär; zu ihren bekanntesten Protagonisten gehört der Ex-Staatspräsident Traian Băsescu.

Auslandskatalanen

Sogar katalanische Sezessionisten, die für die Abspaltung ihrer Region von Spanien und für die Gründung eines eigenen Staates kämpfen, haben bereits die katalanischsprachige Minderheit im Nachbarland Frankreich im Visier. Auf Demonstrationen in Barcelona hieß es im Herbst mit Blick auf die katalanischsprachige Minderheit in der Region südfranzösische Perpignan: "Weder Frankreich noch Spanien, sondern ein Land Katalonien".[10]

Territorialforderungen

In exemplarischer Weise hat Benedetto della Vedova, Staatssekretär in Italiens Außenministerium, nun vor der

der jeweiligen Staatsbürgerschaft an Sprachminderheiten eines Nachbarlandes gewarnt. Wie della Vedova so bedroht sie nicht nur "das Zusammenleben in den Ländern", die davon betroffen sind; sie droht zudem "Territorialforderungen wiederauferstehen zu lassen", auch in der EU. Della Vedova hat in diesem Kontext von "eisernen ethnonationalistischen Faust" gesprochen, mit der aktuell Österreich Italien bedrohe.[11] Seine Warnung ist freilich glaubwürdiger, könnte Italien sich entschließen, selbst die entsprechenden Praktiken einzustellen. Am wirksamsten wäre es selbstverständlich, könnte die dominante Macht in der EU, Deutschland, sich dazu durchsetzen. Das allerdings kann als ausgeschlossen gelten: Berlin gibt seit je in Sachen völkischer Nationalismus den Ton an.

[1] S. dazu [Die Ära der Nationalismen \(I\)](https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/7502/) (<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/7502/>).

[2], [3] Kneissl: Keine Kritik aus Italien wegen Doppelpass-Plänen. kleinezeitung.at 16.01.2018.

[4] Durnwalder: "Ich würde als Erster ansuchen". unsertirol24.com 02.12.2017.

[5] Cittadinanza. interno.gov.it.

[6] Legge n. 124 del 0 Marzo 2006.

[7] Deutsche Minderheit in Polen. aussiedlerbeauftragter.de 02.05.2013.

[8] Deutsche Minderheit in anderen Staaten Mittelost- und Osteuropas. aussiedlerbeauftragter.de 02.05.2013.

[9] Karla Engelhard: Rumänische Pässe sind begehrt. deutschlandfunk.de 20.02.2014.

[10] S. dazu [Die Macht in der Mitte](https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/7412/) (<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/7412/>).

[11] www.facebook.com/BenedettoDellaVedovaOfficial/posts/10155989376364600